

Wie Commons Machtverhältnisse verändern

Brigitte Kratzwald

Welche Macht?

Wer von Macht redet, muss zunächst klarstellen, von welcher Macht er spricht. Von der *Macht über*, die Menschen über andere Menschen ausüben, von der Macht, die ihren Willen durchsetzt gegen die Interessen anderer, von der Macht, die sich immer mehr zu Herrschaftsverhältnissen verdichtet – besonders in Krisenzeiten – oder von der *Macht zu*. Von der Macht der Menschen, ihre Lebensbedingungen und ihr gesellschaftliches Umfeld mit zu gestalten, von der Macht mitzubestimmen, was in Gesellschaft und Politik geschieht, von der Macht herrschende Zumutungen zurückzuweisen und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse ebenso zu verweigern, wie das Ausgeliefertsein an Markt und Wettbewerb. Wenn wir im Zusammenhang mit *Commons* von Macht reden, dann geht es immer um jene zweite Form von Macht,¹ um die Emanzipation der Menschen aus Abhängigkeitsverhältnissen durch Zugangsrechte zu lebenswichtigen Ressourcen, die sie zu einem gewissen Grad unabhängig machen vom hegemonialen System. Das Recht, die Dinge, die sie für ihre unmittelbare Reproduktion brauchen, selbst kontrollieren, organisieren, produzieren und verteilen zu können – ohne den Umweg über den Markt oder die hierarchischen Strukturen des Staates – macht Menschen weniger erpressbar, es gibt ihnen die Möglichkeit zu Selbstorganisation und Gegenwehr. Das Recht auf *Commons* und seine praktische Anwendung durch die *Commoners* (wie in englischen Texten häufig die Menschen, die *Commons* herstellen und nutzen, genannt werden) verändern Machtverhältnisse. Ausreichend *Macht zu* für eine große Zahl von Menschen reduziert das Ausmaß der *Macht über* andere, das in einer Gesellschaft möglich ist. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, dass gerade heute die Idee der *Commons* beginnt, zu einer sozialen Bewegung heranzuwachsen.

Warum wir neue Konzepte brauchen

In den letzten Jahren wurde vielerorts in der politischen Argumentation auf Ideen, Begriffe und Konzepte zurückgegriffen, die nicht neu sind – im Gegenteil, manche von ihnen haben eine sehr lange Tradition –, die aber vor dem Hintergrund der aktuellen Situation mit ihren multiplen Krisen neue Bedeutung erlangen und auch neue Anwendungsformen und politische Praktiken hervorbringen. Solche Begriffe sind etwa *Ernährungssouveränität*, das *Gute Leben*, entsprechend der Herkunft des Begriffes aus Lateinamerika auch *buen vivir* genannt, oder eben die *Commons*. Wenn solche neuen Ideen im politischen Diskurs und in den Sozialen Bewegungen auftauchen, dann geschieht das nicht zufällig, sondern es ist Ausdruck aktueller politischer Erfahrungen. Es sind dies Erfahrungen einer neuen Aggressivität des *Klassenkampfes von oben*², die sich in einer enormen Machtkonzentration bei wenigen wirtschaftlichen und politischen Eliten niederschlägt. Es sind Enteignungserfahrungen unterschiedlicher Art³ und die Erfahrung, dass demokratische Mechanismen unwirksam werden, dass die Rolle des Staates sich verändert hat und viele Menschen das Gefühl haben, sie könnten ihre unmittelbaren Lebensbedingungen kaum mehr beeinflussen.

Diese Erfahrungen, dass auch heftige Proteste und Gegenwehr ebenso wie die aktive Beteiligung an globalen Verhandlungsprozessen, sei es über Klimawandel, die Bekämpfung von Hunger und Armut oder über Arbeitsbedingungen und den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen, keine Erfolge

1 Ich danke Stefan Meretz für diesen wichtigen Hinweis. Vgl. <http://keimform.de/2011/commons-und-die-machtfrage/>

2 Nach David Harvey bezweckte das neoliberale Programm von Anfang an die Stärkung der Macht des Kapitals (vgl. Harvey 2005b, S. 16ff).

3 In seinem Buch „Der neue Imperialismus“ bezeichnet Harvey (2005a) das neoliberale Akkumulationsregime als „Akkumulation durch Enteignung“.

zeitigen, dass die von den Konzernen und Aktionären vorgegebene Agenda umgesetzt wird und – bei der Krisenbekämpfung mehr denn je – Macht und Reichtum von unten nach oben verschoben werden, haben im letzten Jahrzehnt viele gemacht. Die um die Jahrtausendwende aufflammende *globalisierungskritische Bewegung*, an der auch Mitglieder von Gewerkschaften an vorderster Front beteiligt waren, lief mit ihrer Strategie, Forderungen an Regierungen und internationale Organisationen – von der EU bis zur UNO – zu stellen und diesen mit großangelegten Protestveranstaltungen Nachdruck zu verleihen, sozusagen gegen eine GummIWand. Nach dem Versuch der Kriminalisierung und Ausgrenzung am Beginn, wurde schließlich ein Großteil der Forderungen auf der rhetorischen Ebene übernommen, in endlosen Diskussionen verschleppt, in Verhandlungen bis zur Unkenntlichkeit verändert und – wenn überhaupt – so umgesetzt, dass es die herrschenden Verhältnisse nicht in Frage stellt.

Die Vielfalt und das Potential der *Commons*

Die Idee der *Commons* stellt diesen Erfahrungen der Ohnmacht und Enteignung Aspekte der *Wiederaneignung* und *Selbstbestimmung* gegenüber. Menschen haben das Vertrauen in die Politik ebenso wie in den Markt verloren, sie glauben nicht mehr daran, dass diese die richtige Antwort für die aktuellen globalen Probleme finden könnten und nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand – in vielen verschiedenen Bereichen: Wenn landlose Bauern Land besetzen oder HausbesetzerInnen autonome Zentren errichten; wenn eine Vertreterin der freien Software-Bewegung feststellt „wer die Software kontrolliert, kontrolliert das Wissen und das Gedächtnis einer Gesellschaft“⁴; ob sich Internetpiraten illegal Musik und Filme aus dem Netz herunterladen oder Studierende die Universitäten besetzen; ob Bäuerinnen aus Indien für ihr Saatgut kämpfen oder kreative StraßenaktivistInnen um die Nutzung des öffentlichen Raumes; ob sich Initiativen für den öffentlichen Verkehr bilden⁵ oder verlangen, dass Energie- oder Wasserversorgung „in BürgerInnenhand“⁶ kommen sollen; sie alle verbindet ein gemeinsames Anliegen: Dinge, die Menschen für ihr tägliches Leben brauchen, dürfen nicht zu Privatbesitz werden, sondern sie müssen für alle zugänglich sein und alle sollen über die Produktion und Verwendung dieser Dinge mitbestimmen können.

Unter dem Begriff *Commons* werden also sehr heterogene Dinge behandelt. Das ist einerseits eine Stärke, denn er bringt traditionelle und moderne Teile der Sozialen Bewegungen zusammen. Sie merken, dass es die selben Mechanismen und Prozesse sind, denen sie sich gegenüber sehen und gegen die sie sich zur Wehr setzen. Das macht es möglich Forderungen aus den verschiedensten Bereichen unter einem gemeinsamen Schlagwort zu formulieren und gemeinsam zu vertreten.

Es ist aber auch ein Nachteil, denn es gibt unterschiedliche Diskussionsstränge und es gibt keine allgemein verbindliche Definition von *Commons*. Das macht die neu entstehende *Commons*-Bewegung anfällig für Konflikte im Inneren und für Kritik und Vereinnahmungsversuche von Außen. Es handelt sich also um kein einheitliches Theoriegebäude, sondern eher um strategische Diskurse, die in Machtverhältnisse eingebettet sind. Denn wie immer wenn neue Kritik und neue alternative Konzepte auftauchen, versuchen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, diese neuen Begriffe und Konzepte für ihre Zwecke zu besetzen. Im Sinne hegemonialen Machterhalts versuchen auch die politischen und wirtschaftlichen Eliten diese Ideen in ihre Regierungsprogramme einzubauen, so z. B. der britische Premier David Cameron mit der Vision

4 Beatrice Busaniche von der Free Software Foundation Argentinien bei der Inkota Tagung 2010 <http://www.inkota.de>

5 Z.B. die Initiative Pro Bahn <http://www.probahn.at>

6 Die Inhaltsgruppe von Attac Deutschland, die sich mit Fragen von Public Private Partnership beschäftigt hatte, hat sich kürzlich in „Gemeingut in BürgerInnenhand“ umbenannt. <http://gemeingut.org/>
Zum Verhältnis von öffentlichen Gütern und Commons vgl. Kratzwald 2012.

von der *Big Society*.⁷ Für politische AktivistInnen ebenso wie für Gewerkschaften ist es daher wichtig, sich an diesen Diskursen um Definitionsmacht zu beteiligen und das emanzipatorische Potential der *Commons* herauszuarbeiten. Um dieses Potenzial für die Änderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse beurteilen und nutzen zu können, ist es notwendig zu verstehen, was *Commons* sind, wie sie funktionieren und welche Rolle sie in der Geschichte – vor allem der des Kapitalismus – gespielt haben.

Die Gelingenbedingungen von *Commons*

Das Wissen um die Funktion von *Commons* verdanken wir hauptsächlich der Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom⁸ und ihren MitarbeiterInnen, die viele Hunderte von *Commons* – sehr alte und neuere, erfolgreiche und auch gescheiterte – empirisch untersucht und dabei wichtige Erkenntnisse gewonnen haben. Ostroms Motivation war, die Behauptung zu widerlegen, die von Garret Hardin⁹ aufgestellt und schließlich allgemein akzeptiert worden war: dass begrenzte natürlicher Ressourcen nur durch privates oder staatliches Eigentum vor Übernutzung und Zerstörung geschützt werden könnten. Weil die ÖkonomInnen vom Bild des *homo oeconomicus* ausgehen und annehmen, dass Menschen keine anderen Ziele verfolgen, als kurzfristig ihren individuellen Nutzen zu maximieren und dabei nicht miteinander kommunizieren, erschien es der orthodoxen Wirtschaftswissenschaft unmöglich, dass Menschen solche Ressourcen selbst verwalten können.

Ostrom trat einen überzeugenden Gegenbeweis an. Sie zeigte, dass es nicht nur funktioniert, sondern dass es häufig besser funktioniert als durch Markt oder Staat und hat dabei festgestellt, dass es so etwas wie ein allgemeingültiges Modell für die Herstellung und Bewahrung von *Commons* nicht gibt. Alle diese vielen *Commons* in unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen folgen ihren eigenen Regeln, abhängig von der Art der Ressource, von klimatischen und geografischen Bedingungen und von sozialen und kulturellen Faktoren.

Aber trotz allem konnte sie schließlich einige Bedingungen herausfiltern, die immer gegeben sein müssen, damit *Commons* langfristig funktionieren – oder deren Fehlen schließlich zu ihrem Scheitern führt. Sie formulierte zwölf sogenannte „*working principles*“ oder *Gelingenbedingungen* für *Commons*. Die wichtigsten davon sind:

- Es braucht definierte Grenzen – der Ressource und der Nutzergruppe
- Es braucht Regeln, *Commons* sind also – das war Hardins großer Irrtum – kein Niemandsland, in dem alle tun können, was sie wollen
- Diese Regeln müssen von den NutzerInnen selbst gemacht und selbst überwacht werden
- Es muss abgestufte Sanktionen geben, auch diese werden von der NutzerInnen festgelegt
- Damit *Commons* auf Dauer bestehen können, brauchen sie auch die Anerkennung durch den Gesetzgeber, häufig erlangten diese von den Menschen selbst vereinbarten Regeln auch Gesetzeskraft.

Es ist durchaus möglich, dass bestimmte dieser Aufgaben an Einzelpersonen – die dann z.B. jederzeit auch wieder abgesetzt werden können – oder an Regierungen delegiert werden. Wichtig ist aber, dass keine Entscheidungen ohne die NutzerInnen getroffen werden können.

7 Vgl. de Angelis 2012

8 Elinor Ostrom hat ihre wichtigsten Forschungsergebnisse in dem Buch „Die Verfassung der Allmende – jenseits von Markt und Staat“ zusammengefasst, auf dieses Buch beziehen sich die folgenden Ausführungen.

9 In seinem Artikel „The Tragedy of the Commons“ der 1968 im Journal Science erschien und der zu einem der meistzitierten Beiträge wurde, obwohl inzwischen seine Fehlerhaftigkeit mehrfach nachgewiesen worden ist.

„There is no commons without commoning“¹⁰

Als *Commons* werden nicht „Dinge“ oder eine bestimmte Art von Gütern, wie in der Wirtschaftswissenschaft oft angenommen, bezeichnet, sondern es handelt sich um soziale Vereinbarungen darüber, wie Menschen mit bestimmten Dingen, die für sie wichtig sind, umgehen.¹¹ Das bedeutet, dass keine Ressource von sich aus ein *Commons* ist, dass aber nahezu alle Ressourcen zu *Commons* werden können, wenn es Menschen gibt, die sagen, das ist „Unseres“, wir wollen uns darum kümmern und dafür Verantwortung übernehmen, aber auch selbst darüber bestimmen. *Commons* entstehen durch Aneignung und Selbstermächtigung, wenn Menschen sich die Kontrolle über ihr Lebensumfeld wieder zurückholen. Das geschieht, wie die Aufzählung am Beginn dieses Beitrages zeigt, derzeit in vielen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. *Commons* bestehen also immer aus drei Elementen: der Ressource, den Menschen, die sie herstellen und nutzen und den Regeln, die sich diese Menschen dafür selbst geben.

Commons sind eine soziale Beziehung, genauso wie auch Privateigentum eine soziale Beziehung ist, nämlich eine Beziehung zu anderen Menschen in Bezug auf bestimmte Dinge. Der Eigentümer einer Sache hat das Recht, andere von dessen Nutzung auszuschließen. Bei *Commons* hingegen darf niemand von der Nutzung lebenswichtiger Ressourcen ausgeschlossen werden, darum wird hier zwischen Eigentum und Besitz unterschieden. Besitz bedeutet das Recht zur Nutzung einer Sache wenn und solange man sie braucht. Daher geht es bei *Commons* in erster Linie um die – oft konfliktreiche – Aushandlung komplexer Nutzungsrechte, häufig unabhängig von der juristischen Eigentumsform.

Das Engagement für die Herstellung und Erhaltung von *Commons* bedeutet für die Beteiligten einen nicht unerheblichen Aufwand an Zeit und die Bereitschaft, sich in Diskussionen einzulassen und mit Konflikten konstruktiv umzugehen. Dinge selbst zu besitzen, als Privateigentum, ist eben häufig der bequemere Weg. Ostrom ist auch der Frage nachgegangen, warum Menschen diese Mühen auf sich nehmen. Sie hat herausgefunden, dass Menschen dann *Commons* organisieren, wenn es auch ihnen selbst nützt. Im Idealfall ist es so, dass durch Beteiligung an der Herstellung und Erhaltung von *Commons* Einzelne ihre Bedürfnisse besser befriedigen können, als es ihnen alleine möglich wäre. Dieser Aspekt kann vor dem Hintergrund eines immer prekärer werdenden Arbeitsmarktes und zur Neige gehender natürlicher Ressourcen auch in den reichen Ländern wieder an Relevanz gewinnen. *Commoners* müssen also nicht „bessere“, uneigennützig Menschen sein, es geht vielmehr um die richtigen Regeln, die Bedürfnisse und Tätigkeiten der Menschen nicht in Konkurrenz zueinander setzen (wie das in Marktbeziehungen immer der Fall ist), sondern in einen positiven Zusammenhang bringen, sodass sich Menschen bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse gegenseitig unterstützen.

Das emanzipatorische Potenzial der *Commons*

Bereits in diesen Untersuchungen von Ostrom, die sich auf die Theorien der liberalen Ökonomie stützt, ist viel emanzipatorisches Potenzial enthalten, noch expliziter beschäftigt sich mit diesem Aspekt der marxistische Historiker Peter Linebaugh.

Linebaugh (2008) hat die Geschichte der *Commons* in England und ihre politische und

10 Auf deutsch etwa „Es gibt keine Commons, ohne die Menschen, die sich darum kümmern“. Dieses Zitat stammt vom britischen Historiker Peter Linebaugh, der den Begriff „commoning“ für die soziale Praxis der Herstellung und Erhaltung von Commons geprägt hat.

11 Der im Deutschen häufig synonym verwendete Begriff „Gemeingüter“ ist daher irreführend, weil er suggeriert, dass es sich um Güter handelt. Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der ökonomischen Gütertheorie vgl. Helfrich 2012

gesellschaftliche Bedeutung analysiert. Die Zugangsrechte zu *Commons* waren dort schon seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts gesetzlich abgesichert und zwar durch zwei Gesetzesakte: die Magna Carta und die Charter of the Forests. Erstere ist ja hinlänglich bekannt. Es geht dort vor allem um politische Freiheitsrechte und Bürgerrechte und bis heute bauen fast alle Verfassungen der Welt auf dieser Grundlage auf. Linebaugh konnte nun zeigen, dass es ein zweites Gesetz gab, das mit der Magna Carta in ursächlichem Zusammenhang stand, nämlich die Charter of the Forests. In dieser waren die Zugangsrechte zu *Commons* für diejenigen, die kein eigenes Land besaßen, detailliert festgelegt. Sie konnten Holz zum Bauen und Heizen aus dem Wald holen, sie konnten dort ihr Vieh weiden lassen, Lebensmittel anbauen, usw. Diese Charter hatte den Zweck, dass auch Menschen, die keinen eigenen Besitz hatten, ihre politischen Freiheitsrechte in Anspruch nehmen und nicht für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse in Abhängigkeitsverhältnisse geraten konnten. Sie war also eine notwendige Ergänzung zur Magna Carta, damit diese überhaupt universelle Gültigkeit erlangen konnte. Zusätzlich waren die Nutzungsrechte auch so gestaltet, dass Wald und Weiden nicht übernutzt wurden.

Das Recht der leibeigenen Bauern auf die Nutzung der *Commons*, des Landes, das ja im rechtlichen Sinn im Eigentum der Grundbesitzer stand, entthob aber diese auch der Pflicht, sich um die Existenzsicherung der Untertanen kümmern zu müssen. Es handelte sich also um eine Art „feudalen Klassenkompromiss“, von dem beide Seiten Vorteile hatten.

In der Charter of the Forestes war zudem das *Recht auf Verteidigung der Commons* festgeschrieben. Das war auch notwendig, denn es gab immer wieder Versuche der *Einhegung* der *Commons*. Die Grundbesitzer errichteten Zäune um ihre Grundstücke, weil sie diese lieber zur Jagd benutzen wollten.¹² Die leibeigenen Bauern hatten das Recht einmal jährlich bei Flurbegehungen diese Zäune oder Mauern wieder abzutragen, was meist in Form eines Volksfestes gebührend gefeiert wurde. Im Lauf der Jahrhunderte führten die Auseinandersetzungen um die Nutzungsrechte an *Commons* zu Bürgerkriegen und mit der Durchsetzung des Kapitalismus war dann ihr Schicksal besiegelt. Die *Einhegung* der *Commons*, die Enteignung der Bauern, war notwendig, um Arbeitskräfte für die aufstrebende Industrie zu bekommen. Zwar existieren *Commons* bis heute, aber sie haben keine rechtliche Relevanz mehr, sie passen nicht ins Gefüge moderner Rechtsstaatlichkeit, was ihre Verteidigung erschwert und die *Einhegung* erleichtert.

Einhegungen von *Commons* geschahen aber nicht nur aus wirtschaftlichen oder jagdlichen Gründen, sondern es ging in hohem Maße um eine Machtfrage. Denn das Recht auf *Commons* gab den Menschen politische Macht gegenüber den Herrschenden; wer sich selbst erhalten kann, ist nicht so leicht regierbar. Das *Commons* war auch der Ort, wo Menschen sich trafen, um ihre Rechte zu verteidigen, sich gegen die Willkür der Herrschenden zur Wehr zu setzen, wo Aufstände vorbereitet wurden. Darum waren sie den Mächtigen auch immer ein Dorn im Auge. Noch 1795 nahm ein Knappenaufstand im kärntnerischen Hüttenberg von einer Versammlung auf der *Tratte* seinen Ausgang.¹³ Und diese Tatsache, dass Menschen durch *Commons* unabhängiger vom herrschenden System werden, galt nicht nur für die Feudalzeit, sie gilt auch heute noch.

Der Kapitalismus braucht für sein Funktionieren immer Bereiche außerhalb seiner selbst, aus denen er kostenlos Ressourcen beziehen oder an die er Kosten auslagern kann. Solche Bereiche sind entweder die natürliche Umwelt oder die unbezahlte Arbeit in Familien oder eben in *Commons*, in verschiedenen selbstorganisierten Bereichen solidarischer Ökonomie. *Commons* haben also – wie in der Feudalzeit – auch heute eine ambivalente Funktion. Sie sind einerseits notwendig, um das

12 Die Legende von Robin Hood bezieht sich auf diese Auseinandersetzungen um die Commons.

13 Vgl. <http://sabitzer.wordpress.com/tag/bergwesen/>. Tratte war eine in Österreich übliche Bezeichnung für die Allmende.

System am Laufen zu halten, dehnt sich die Sphäre der *Commons* jedoch zu sehr aus, stellen sie eine Bedrohung für den Kapitalismus dar, weil die Menschen es nicht mehr notwendig haben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen¹⁴. Dieser Ambivalenz können sich Überlegungen zur gesellschaftlichen Transformation nicht entziehen.

Selbstorganisation in der ArbeiterInnenbewegung

Schaut man in die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung sieht man, dass sie gerade dann besonders stark war, ihre Kämpfe besonders erfolgreich führen könnte, wenn es ihren Mitgliedern möglich war, die eigene Reproduktion auch ohne Lohnarbeit abzusichern. An erster Stelle sind da natürlich die Streikfonds zu nennen, es gab aber auch diverse Formen von Genossenschaften, die lebensnotwendige Dinge bereitstellten oder die selbstverwalteten Versicherungssysteme. Das konnte die Verhandlungsposition der ArbeiterInnen stärken. Die verschiedenen Formen der Selbstorganisation, die die ArbeiterInnenbewegung von Beginn an auszeichneten, waren den Regierungen deshalb immer ein Dorn im Auge. Daniel Defert schreibt, dass Kämpfe gegen die Verbote der Selbstorganisation viel häufiger waren als Kämpfe für die Verkürzung der Arbeitszeit.¹⁵ Die Kämpfe *gegen* die Lohnarbeit waren für die frühe ArbeiterInnenbewegung also wichtiger, als die Kämpfe *innerhalb* des Lohnarbeitsverhältnisses für bessere Arbeitsbedingungen.

Die gesetzliche Sozialversicherung wurde ja in Österreich und in Deutschland von konservativen Regierungen eingeführt, um sie den ArbeiterInnen, die sie vorher selbst organisiert hatten, aus der Hand zu nehmen und deren politische Kraft zu schwächen. In Deutschland wurde sogar gleichzeitig mit der Einführung der gesetzlichen Sozialversicherung die sozialistische Partei verboten.

Nach dem ersten Weltkrieg waren es die Arbeiterräte, die das Lebensnotwendige, Nahrungsmittel und Heizmaterial, heranschafften und sich dadurch die Unterstützung der Massen sicherten. Das gab ihnen eine Machtposition, die die enormen Fortschritte des Sozialstaates in den frühen 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts trotz der keineswegs rosigen finanziellen Situation des jungen Staates durchsetzbar machte, weil die Entstehung einer Räterepublik um jeden Preis verhindert werden sollte.

Natürlich konnten durch die gesetzliche Absicherung und die Beteiligung von Staat und Arbeitgebern die Versicherungsleistungen auch ausgebaut werden. Auch hier finden wir also diese Ambivalenz, aber hier schlug das Pendel zugunsten des Kapitals aus – die ArbeiterInnenbewegung hatte ein wichtiges Machtinstrument aus der Hand gegeben. Für einen begrenzten Zeitraum konnte dadurch mehr Wohlstand und Sicherheit gewonnen werden, allerdings um den Preis der Abhängigkeit von einem patriarchalen Staat und mit der Konsequenz, dass die ArbeiterInnen die Grundwerte des Kapitals zu ihren eigenen machten und den Kampf *gegen* die Lohnarbeit und *für* die *Commons* aufgaben.

Fordismus und Sozialstaat – das Ende der Selbstorganisation?

Mit dem Sozialstaat und dem Fordistischen Wirtschaftsmodell setzte sich auch bei der politischen „Linken“, bei der ArbeiterInnenbewegung und den Gewerkschaften, die Meinung durch, Lohnarbeit sei die „bessere“, die „wichtigere“ und die „modernere“ Form der Arbeit. Sie versprach, soziale Ungleichheiten zu beseitigen und die Emanzipation der Arbeiterklasse voranzutreiben. Über einen bestimmten Zeitraum konnte sie dieses Versprechen auch erfüllen. Das galt vor allem für Frauen, die glaubten, auch patriarchale Herrschaftsverhältnisse durch Lohnarbeit überwinden zu können.

14 Vgl. De Angelis 2012

15 Vgl. Defert 1991, S. 230

Fortan ging das Bestreben danach, so viele Menschen wie möglich in Lohnarbeitsverhältnisse zu bringen.

Das jedoch war seit jeher auch das Ziel des Kapitals, denn das bedeutet, dass immer mehr Dinge zu Waren werden und nur mehr gegen Bezahlung erworben werden können. Dadurch steigt die Abhängigkeit vom Marktsystem und diese Verflechtung aller Lebensbereiche mit dem Markt ist vor allem in den letzten Jahrzehnten massiv vorangetrieben worden. Die Bereiche der Daseinsvorsorge etwa sollten ursprünglich durch sozialstaatliche Leistungen aus dem Markt herausgehalten werden. Der Sozialstaat übernahm also sozusagen die Rolle der *Commons*, auch diese Form der Absicherung galt als „moderner“ und hatte auch gewisse Vorteile gegenüber den alten Formen solidarischer Absicherung. Allerdings hat sich der Staat als schlechter Treuhänder erwiesen. Die ehemals öffentlichen Dienstleistungen wurden teilweise privatisiert oder sie wurden zumindest den Regeln des Marktsystems unterworfen.

Diese Abhängigkeit vom Markt und damit von Lohnarbeit verringert natürlich ganz massiv die Macht der Gewerkschaften. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen sind heute so mit den Interessen des Kapitals verstrickt, dass paradoxerweise auch Gewerkschaften Kapitalinteressen vertreten und nach Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit rufen müssen. Gerade der Ruf nach Wettbewerbsfähigkeit bedeutet jedoch eine Entsolidarisierung der ArbeiterInnenbewegung, weil ja die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens oder Landes negative Auswirkungen für die ArbeiterInnen anderer Unternehmen oder Länder hat¹⁶.

Es zeigt sich, dass Klassenkompromisse immer nur für einen bestimmten historischen Zeitraum gültig sind und jede Zeit ihre eigenen sozialen Kämpfe braucht, die zwar auf den Kämpfen früherer Generationen aufbauen, aber nicht eine bloße Rückkehr zu den Lösungen der Vergangenheit zum Ziel haben können. Weil der Staat kein neutraler Akteur ist, der immer für den Ausgleich gesellschaftlicher Interessen sorgt, kann die Übergabe der Daseinsvorsorge an den Staat nicht länger das Mittel der Wahl sein. Der Staat stellt eine Verdichtung gesellschaftlicher Machtverhältnisse dar und der neoliberale Staat hat eben die Aufgabe, Wettbewerb herzustellen und die Privatwirtschaft, die Märkte zu schützen, nicht unsere öffentlichen Dienstleistungen.¹⁷ Deshalb müssen wir heute neue Formen finden, um bestimmte Bereiche wieder aus dem Markt herauszulösen, um unabhängiger davon zu werden und mehr Gestaltungsspielraum zu bekommen.

Commons als Alternative?

Die Idee der *Commons* öffnet den Blick für Lösungen jenseits des Dualismus Markt – Staat und bringt neuen Spielraum für die Organisation jener Dinge, die aus dem Markt herausgehalten werden sollen. *Commons* sind kein „Mittelweg“, auch nicht ein dritter Bereich zusätzlich zu Markt und Staat. Weil es eine Vielfalt von Möglichkeiten gibt, wie *Commons* organisiert werden können, kann der Staat darin unterschiedliche Funktionen übernehmen. Die Gelingensbedingungen der *Commons* könnten als Maßstab für solche Regelungen dienen.

Wer versucht, die Frage nach öffentlichen Dienstleistungen mit dem Ruf nach *Commons* zu beantworten, läuft allerdings Gefahr, jenen Vorschub zu leisten, die auf Grund von Sparmaßnahmen ohnehin fordern, dass die Zivilgesellschaft Aufgaben des Staates übernehmen soll. Auch hier können wir dieser Ambivalenz nicht entkommen. Um das emanzipatorische Potenzial der *Commons* nutzen zu können ist es besonders wichtig, alle Bestimmungselemente der *Commons* im Blick zu

16 Das Außenhandelsdefizit Griechenlands durch die ungleiche Lohnentwicklung in beiden Ländern und die daraus resultierenden rigorosen Sparmaßnahmen sind ein aktuelles und eingängiges Beispiel dafür.

17 Vgl. Harvey 2005b, S. 64ff

haben. Folgende Fragen können dabei hilfreich sein:

- Wer hat die Kontrolle? Müssen NutzerInnen und MitarbeiterInnen in Entscheidungen einbezogen werden?
- Wird niemand von der Nutzung wichtiger Ressourcen ausgeschlossen, sei es durch überzogenen Schutz ausschließenden Privateigentums oder geistige Eigentumsrechte?
- Wer *kann* beitragen? In Zeiten zunehmender Erwerbsarbeitslosigkeit scheint die Frage, warum – und mit welchen gesellschaftlichen Folgen – Menschen davon abgehalten werden, sich an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums zu beteiligen, wichtiger, als die Frage, wer wieviel beitragen *muss*.
- Haben die *Commoners* das Recht auf den Zugang zu den Ressourcen, also zu finanziellen Mitteln, Infrastruktur und den von ihnen selbst erzeugten Gütern?
- Gibt die Herstellung und Nutzung von *Commons* Menschen Handlungsfähigkeit und Kontrolle über ihre Lebensbedingungen zurück? Werden Menschen von KundInnen oder KlientInnen zu Ko-ProduzentInnen und MitbestimmerInnen?
- Haben sie das Recht, ihre *Commons* zu verteidigen?

So ist es auf jeden Fall begrüßenswert, wenn NutzerInnen und MitarbeiterInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich mehr Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten bekommen. *Commons* bestehen aber – erinnern wir uns – aus drei Elementen. Nicht nur aus den Menschen und den selbstgemachten Regeln, sondern auch aus den Ressourcen, die diese Menschen nutzen und erhalten. Und ohne ein Mindestmaß an Ressourcen, in diesem Fall Geld und Infrastruktur, können diese Dienstleistungen auch in Form von *Commons* nicht in ausreichender Menge und Qualität erbracht werden. Die Forderung nach *Commons* darf also die Forderung nach Umverteilung nicht ersetzen, sie kann sie aber verstärken, weil sie die Menschen aus der Bittstellerposition gegenüber den Regierungen herausbringt und zu AkteurInnen macht, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Damit steht die Idee der *Commons* auch gegen die Rückführung etwa von Pflegeaufgaben in die Familie als Folge staatlicher Einsparungen, sondern betont den gesellschaftlichen Charakter bestimmter Aufgaben, ohne sie ausschließlich an den Staat oder den Markt zu delegieren, sondern die Kontrolle bei denen zu lassen, denen sie dienen sollen.

***Commons* als Denkmodell für gesellschaftliche Transformation**

Das Recht auf *Commons*, ihre Erschaffung und Erhaltung, könnte also die gesellschaftlichen Machtverhältnisse wieder etwas ins Gleichgewicht bringen. Viele Menschen, die sich für *Commons* interessieren, denken aber noch darüber hinaus. Ihnen schwebt auf längere Sicht eine ganz andere Form der Vergesellschaftung vor. Auch dafür können *Commons* eine Orientierung bieten, keinesfalls aber einen fertigen Entwurf. Wir können eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus nicht aus unserer heutigen Perspektive heraus planen, weil unser aller Denken von diesem System geprägt ist. Soziale Transformation kann nur Schritt für Schritt erfolgen und die Wege entstehen im Gehen. Oder, wie es die Zapatistas so schön formuliert haben, „fragend schreiten wir voran“.

Commons eignen sich als Denkmodell für eine post-kapitalistische Gesellschaft weil sie wichtige Pfeiler der aktuellen Gesellschaftsordnung in Frage stellen:

- Sie bauen auf einem anderen Eigentumsbegriff auf. An die Stelle von ausschließendem *Privateigentum* treten vielfältige *Nutzungsrechte*.
- Menschen stellen *Commons* her, damit sie ihre Bedürfnisse befriedigen können, nicht weil jemand daraus Profit schlagen will. Es werden *Gebrauchswerte* und nicht *Tauschwerte* (Waren) produziert.
- Eine *commonsbasierte* Wirtschaft braucht Regeln, die Tätigkeiten und Interessen von Menschen nicht gegeneinander stellen, wie das Marktsystem, sondern positiv zueinander in

Beziehung setzen.

Das alles schließlich braucht entsprechende institutionelle und gesetzliche Absicherung. Ob sich die Gesellschaft in diese Richtung verändern kann, hängt vom politischen Willen ab und dieser wieder wird von den Machtverhältnissen bestimmt. *Commons* können also für soziale Transformation eine zweifache Rolle spielen: als Instrument zur Veränderung von Machtverhältnissen und als Denkmodell für eine neue Produktionsweise und neue Formen der Demokratie.

Literatur

De Angelis, Massimo (2012): Krise, Kapital und Vereinnahmung – Braucht das Kapital die Commons? In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. transcript Verlag, Bielefeld (i.E.)

Defert, Daniel (1991): „Popular life“ and Insurance Technology. In: Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller, Peter (Hg.): The Foucault Effect. Studies in Governmentality. Harvester, Wheatsheaf.

Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons. In: Science 162, S. 1243-1248

David Harvey (2005a): Der neue Imperialismus. VSA, Hamburg

Harvey, David (2005b): A Brief History of Neoliberalism. Oxford University Press

Helfrich, Silke (2012): Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht. In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. transcript Verlag, Bielefeld (i.E.)

Kratzwald, Brigitte (2012): Mit Commons den Sozialstaat neu denken? In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. transcript Verlag, Bielefeld (i.E.)

Linebaugh, Peter (2008): The Magna Carta Manifesto – Liberties and Commons for all. University of California Press

Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende: jenseits von Staat und Markt. Mohr, Tübingen